

Redebeitrag anlässlich der Demo: Ausbildung und Arbeit statt Abschiebepolitik am 24.

Juni 2017 in München (Marienplatz – Staatskanzlei) – Rede vor der Staatskanzlei

Eine sechsköpfige syrische Familie hat mir erzählt: „Sie (d.h. die Polizei) ist im Morgengrauen gegen sechs Uhr gekommen und hat uns abgeholt.“

Wissen Sie, diese Erzählung hat mich an die Augenzeugenerzählung eines alten Kommunisten zu meiner Schulzeit erinnert. Er hatte damals zu uns in der zehnten Klasse gesagt: „Wißt ihr, es war eine furchtbare Zeit (damit meinte er die Naziherrschaft), wir haben alle Angst gehabt; aber das schlimmste war, als sie (damit meinte er die Polizisten) im Morgengrauen kamen und unsere Nachbarn und Freunde, das waren Juden, abgeholt haben.“

Ich ziehe hier keine Vergleiche und rücke niemanden in die Nähe von irgendwem, das liegt mir fern; ich erzähle nur, was die momentane Asylpolitik und -praxis für Bilder in **mir** aufkommen läßt. Und ich denke daran, wie es wohl mir ergeht, wenn sie einen meiner **Freunde/ meiner Freundinnen**, einen meiner **Pflegesöhne** aus dem Kloster oder aus der Ausbildungsstätte abholen werden – ich weiß es nicht, aber ich weiß, daß ich mit denen trauere, die bereits ihre Freunde, ihre „Pflegekinder“, ihre Partner verloren haben durch diese Politik.

Beim Lesen so mancher Presseberichte bezüglich der Asylsuchenden frage ich mich, ob es nur mir auffällt, daß sich die Wortwahl schleichend geändert hat: daß oft nicht mehr von Asylsuchenden und Flüchtlingen die Rede ist, sondern von Migranten und Wirtschaftsflüchtlingen – allein rechtlich ist das ein großer Unterschied und wie wir alle wissen, bildet Sprache in ihrer Anwendung auch Meinung! Und wer Sprache anwendet, kann sich zum Meinungsmacher einer bestimmten Gruppe von Menschen und deren Interessen machen. **Für mich ist und bleibt jedoch jede und jeder Flüchtling eine Asylsuchende und Asylsuchender, bis etwas anderes bewiesen ist. Dieses recht darf Ihnen niemand absprechen!** Und ich frage mich: Wem ist geholfen, wenn in der Öffentlichkeit das Bild entsteht, daß all die Menschen, die bei uns Zuflucht suchen vor 40 Jahren Krieg und Terror, vor Daesh und Talib „nur“ Migranten oder Wirtschaftsflüchtlinge

sind?

Genau: den Stimmenfängern, den Rechtspopulisten und den AfD-lern die heute schon ungestraft „Deutschland den Deutschen“ schreien! **Übrigens: Die Presse hat da eine sehr große Verantwortung wahrzunehmen!**

Schule kann prägen und wenn ich die Berichte über die dichtgemachten EU-Außengrenzen lese, dann erinnere ich mich leider unweigerlich an meinen Politik- und Geschichtsunterricht, der damals noch fundiert war. Ich dachte als Schüler immer, der sei umsonst – weit gefehlt!

Im Unterricht haben wir gehört, daß **die Schweiz 1942 ein Gesetz geändert hat, nach dem die Geflüchteten Juden keine Flüchtlinge mehr waren, sondern „illegal anwesende Ausländer“**. Durch diese Gesetzesänderung wurden aus Asylsuchenden und Flüchtlingen vor dem Naziterror Straftäter, die man ohne Skrupel aus der Schweiz ausweisen konnte! In der Schweiz wurden so Schutzsuchende Juden aus Deutschland wieder **rückgeführt, abgeschoben** oder wenn man so will **deportiert**: In ein Land, von dem auch die Schweizer Behörden damals wußten, daß es nicht sicher ist. **Eine moralisch sehr verwerfliche Sache!**

In Deutschland versteht man unter **illegalem Grenzübertritt** oder **illegaler Einreise** die Einreise in ein Land ohne gültigen Aufenthaltstitel. Damit ist faktisch jeder Flüchtling, jeder Asylsuchende ein Straftäter! Wie zynisch klingt es dann, wenn gesagt wird, daß „nur“ Straftäter abgeschoben werden – abgesehen davon, daß das auch Menschen sind! Mit dieser Tatsache wird jeder Flüchtling und jede Frau, die Asyl sucht, in Deutschland kriminalisiert in meinen Augen! Diese Tatsache berechtigt die Behörden Menschen in ihr Herkunftsland rückzuführen, abzuschieben oder wenn man so will, zu deportieren!

Auf Grund der furchtbaren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges haben die Verfasser ein Grundgesetz geschaffen, in dem es heißt, daß **die Würde des Menschen un-an-tast-bar** sei. Und es gab bis 1993 den Artikel 16 unseres damals noch geliebten Grundgesetzes, in dem es hieß:

“Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.” Mit diesem Satz hatten die Mütter und Väter des Grundgesetzes 1949 das Asylrecht festgeschrieben. Sie zogen damit die Konsequenzen

aus den Menschenrechtsverletzungen der Nationalsozialisten und schufen ein einklagbares Individualrecht auf Asyl. Und dann kam 1993 der Asylkompromiß oder soll man besser sagen die Abschaffung des Asylrechts, da es mit dieser Neufassung faktisch nicht mehr möglich ist, in Deutschland Asyl zu bekommen.

Und am 10. Mai diesen Jahres – und das ist das Schlimme – wurde auf Grund dieser veränderten Gesetzeslage Farhad Rasuli, ein in der Bundesrepublik um Schutz bittender Afghane – wie damals in der Schweiz die Juden – in das Land deportiert, aus dem er vor Verfolgung und Terror geflohen ist.

In Afghanistan ging er dann in die von unserer Regierung als sicher bezeichnete Provinz Herat, wo seine Familie lebte. Dort lebte er keine drei Monate mehr, bis er bei einem gezielten Anschlag durch die Taliban sein Leben verlor. Der Angriff auf Farhad kostete nicht nur ihn das Leben, sondern auch seinen Cousin. Ob sein Bruder noch lebt, weiß ich nicht.

„Hätten die deutschen Behörden sich an die Genfer Flüchtlingskonvention gehalten, die Personen schützen soll, die bestimmten sozialen Gruppen angehören – zum Beispiel der sozialen Gruppe der verfolgten Familien – Rasuli wäre höchstwahrscheinlich noch am Leben“, so eine Einschätzung der Organisation [Asyl in Not aus \(Wien\)](#). Eine Einschätzung der kaum widersprochen werden kann, denn Farhad floh vor den Taliban nach Deutschland – wie damals die Juden in die Schweiz –, in der Hoffnung, hier sicher zu sein vor Verfolgung. Eine Sicherheit, die ihm die Bundesregierung verwehrte und ihn so um sein nur 22 Jahre dauerndes, wertvolles Leben brachte. Wer übernimmt die Verantwortung für diesen herbeigeführten Mord? **Ich glaube, die Schweiz hat für ihr Handeln nie die Verantwortung übernehmen müssen!**

Farhad: geflohen vor den Taliban – deportiert – ermordet.

Für mich bleiben die Fragen: Warum ändern wir ohne Not trotz unserer furchtbaren Geschichte Gesetze, die Menschen schützen sollen und liefern sie so dem Tod aus? Warum schaffen wir, wider besseren Wissens Gesetze, von denen wir aus der Geschichte wissen, daß sie Tod und Vernichtung bringen? Übrigens: Auf Grund des Schweizer Gesetzes

bezüglich der **illegal anwesenden Ausländer** wurden laut der Bergier-Kommission bis zu 30 000 Juden nach Deutschland ausgewiesen, rückgeführt oder deportiert – man kann es nennen wie man will: **die Tatsache, daß die Meisten von ihnen getötet wurden, obwohl sie in einem sicheren Staat Schutz suchten, bleibt.** Jeder kann selbst weiterdenken ...

Eine vierköpfige Familie aus Afghanistan sucht in Deutschland Schutz, sie hatten alle die gleiche Lebenssituation, da sie als Familienverbund zusammenlebten – Mutter, Tochter, minderjähriger Sohn und ein in Deutschland volljährig gewordener Sohn. Mutter, Tochter und minderjähriger Sohn bekommen die **Anerkennung als Flüchtlinge**: ihnen wird mit gleichlautender Begründung Flüchtlingseigenschaft zuerkannt: „Auf Grund des ermittelten Sachverhaltes ist davon auszugehen, daß die Furcht der Antragsteller(in) begründet ist“. Nur der mittlerweile volljährige Sohn wird mit der Begründung – wohl gemerkt: bei gleichen Voraussetzungen – abgelehnt mit den Worten: „Die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaften und die Anerkennung als Asylberechtigter liegen nicht vor“. Wie pervers ist das denn? Und es ist nicht der einzige mir bekannte Fall, bei dem so entschieden wurde! **Das ist Willkür! Ich sage es noch einmal: In meinen Augen und nach meinen Moralvorstellungen als Christ ist das WILLKÜR! Ich Buchstabiere es gerne noch zum Mitschreiben, falls es für unsere Entscheidungsträger in irgendeiner Weise relevant sein sollte! WILL – KÜR!**

Liebe Politiker und Politikerinnen: falls jemand Nachhilfe braucht bezüglich **Grundgesetz und besonderer Schutz der Familie** helfe ich gerne nach: **GG der Bundesrepublik Deutschland, Artikel 6, Satz (1): Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung.**

Und an Herrn Seehofer und die Bayrische Staatsregierung zum besseren Verständnis noch eine kleine Anmerkung, die ich auf der Internetseite des Bayrischen Landesamtes für Umwelt gefunden habe – also einer Seite der Staatsregierung. Dort – ich zitiere – heißt es: „**Das Grundgesetz betrifft jeden, der sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Es entfaltet eine Bindungswirkung für die gesamte öffentliche Verwaltung.**“ Haltet Euch daran! Wohlgemerkt für die gesamte öffentliche Verwaltung! Und ich verstehe nicht, daß es keine Verwaltungsbeamten gibt, die Zivilcourage haben und ein Gewissen, das ihnen

verbietet, dort mitzumachen! Und ich fordere unsere Politikerinnen und Politiker auf, bei den Familien auf jeden Fall diese Willkürentscheidungen zurückzunehmen und den Schutz der Familie, wie es im Grundgesetz verankert ist, sicherzustellen! Das Grundgesetz gilt für alle hier Lebenden!

Es gäbe noch vieles anzufügen, aber ihr kennt die Fakten und unsere Regierungspolitiker hören eh nicht zu. Diese, zumindest die C-Politiker in ihrer großen Mehrheit unter und alle, die sich Christen nennen in der Politik, frage ich mit den Worten Jesu in Markus 8, 17 f:

„Begreift und versteht ihr immer noch nicht? Ist denn euer Herz verstockt? Habt ihr denn keine Augen, um zu sehen und keine Ohren, um zu hören?“

Parteien (und Menschen in ihnen) haben das Recht, nach ihren eigenen Wertvorstellungen zu handeln und Politik zu machen – aber Parteien und Politiker die das **C** in ihrem Parteinamen, die sich das Christsein auf die Fahnen geschrieben haben, müssen sich an der Botschaft und dem Handeln Jesu messen lassen. Wenn ich in ein Geschäft gehe und Coca-Cola kaufe, meine lieben Politikerinnen und Politiker, dann möchte ich auch, daß, wo Coca-Cola draufsteht Coca-Cola drin ist und selbiges erwarte ich als Christ auch von allen, die das Etikett **C** tragen – auch von den **C-Parteien**!

Ansonsten kann ich nur Kardinal Meisner in Erinnerung rufen, der sinngemäß gesagt hat, daß die SPD festlegen kann, was sozialdemokratische Inhalte sind, so wie die FDP ihrerseits zu bestimmen versucht, was liberal bedeuten soll. Auch Grüne und Linke setzen auf ihre jeweilige Deutungshoheit. (Wobei ich den Grünen empfehlen würde, mal eine einheitliche Politik zu machen und nicht hier zu stehen und zu sagen, wir sind gegen Abschiebungen und in Landesregierungen zu sitzen und abzuschieben!) Jeder kann in der Politik auf seine Deutungshoheit setzen, sagt Meissner, aber was christlich ist, definiert nicht die Christlich Demokratische Union und auch nicht die Christlich Soziale Union - "das machen wir", verkündet Kardinal Meisner. Und ich kann nur die Worte des deutschen Kurienkardinals Paul Josef Cordes an Schavan, ihre Partei betreibe **"Etikettenschwindel mit dem C"**, wiederholen.

An Herrn Seehofer und alle C-Politiker: Ziehen sie nicht denjenigen und seine Botschaft in den Dreck, dessen Namen sie in ihrem Parteinamen tragen. Machen sie ihm Ehre und kreuzigen sie ihn nicht wieder durch einen menschenverachtenden Umgang mit den Asylbewerbern, besonders mit denjenigen aus Afghanistan – den am meisten schutzbedürftigen im Moment. Und noch ein frommer Satz, der den Politikern der C-Parteien gilt: Jeder Mensch ist Abbild Gottes und keiner auf dieser Welt ist irgendwo illegal! **Jeder Mensch hat ein Recht auf Freiheit, ein Leben in Frieden, ohne Angst und in Unversehrtheit – auch in einem Staat, in dem er Schutz sucht!** Und mit einem Zitat aus dem von 45 Höheren Ordensoberinnen und Ordensoberen „**in brennender Sorge**“ an sie geschriebenen und von ihnen, Herr Seehofer, und meiner Meinung nach auch Teilen der Presse ignorierten Brief für ein menschenfreundliches Engagement für Geflüchtete möchte ich enden: „**Wir plädieren dafür, auf allen Ebenen der Politik und Gesellschaft – im Bereich der Schulen, Universitäten, Handwerkskammern und anderen Bereichen – Regelungen zu finden, die es den Geflüchteten erlauben, möglichst schnell für sich und unser Land an einer menschenwürdigen Zukunft zu bauen.**“

Ich fordere: Schluß mit dem Staatsterror – keine Deportationen nach Afghanistan – Arbeits- und Ausbildungsplätze für alle – keine Waffen mehr in Kriegs- und Krisengebiete – kein Reichtum mehr durch Ausbeutung – keine Deportationsgefängnisse mehr – keine Lager mehr wie Manching

Für ein Mit-Menschliches Deutschland!

Br. Jeremias OFMCap